

Zentrales Finanzcontrolling

Vorläufige Jahresergebnisse 2009

der Bremischen Haushalte

Die Senatorin für Finanzen

Freie
Hansestadt
Bremen

Impressum:

Die Senatorin für Finanzen
Presse & Öffentlichkeitsarbeit
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen
Telefon: (0421) 361-4072
Fax: (0421) 361- 2965
e-Mail: office@finanzen.bremen.de
<http://www.finanzen.bremen.de>

Fachliche Informationen zu dieser Veröffentlichung:

Vorläufige Jahresergebnisse 2009 der bremischen
Haushalte:
Referat 20, Herr Schröder
Telefon: (0421) 361-2426
e-Mail: ruediger.schroeder@finanzen.bremen.de

Gesamtherstellung:
Druckerei der Senatorin für Finanzen
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen

erschienen im Februar 2010

0. Zusammenfassung

Nach einem ausgesprochen positiven Jahresergebnis 2008, in dem der Primärsaldo des Stadtstaates zum ersten Mal seit 16 Jahren wieder positiv ausfiel, mussten die bremischen Haushalte im Jahr 2009 erwartungsgemäß massive **Rückschläge auf dem Weg zur Sanierung** hinnehmen. Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise schlugen sich auf der **Einnahmeseite** in dramatischen Ausfällen nieder, die im Jahresabschluss sogar noch deutlicher ausfielen als im Haushaltsvollzug auf Grundlage der unterjährigen Steuerschätzungen erwartet. Insgesamt flossen im Haushaltsjahr 2009 – ohne Zahlungen des Bundes für das Konjunkturprogramm II – knapp **325 Mio. € weniger** in die Kassen des Landes und der Stadtgemeinde als im Vorjahr. Dies entspricht einem Rückgang der bereinigten Einnahmen der Haushalte um **9,2 %**.

Die massiven Mindereinnahmen konnten auf der Ausgabenseite der Haushalte nicht ansatzweise kompensiert werden. Stattdessen mussten Land und Stadtgemeinde Bremen – trotz nur moderater Zunahme der Zinsausgaben – im Vorjahresvergleich sogar einen relativ deutlichen **Anstieg der bereinigten Ausgaben** verbuchen. Ursächlich hierfür waren vor allem die weitgehend gesetzlich verpflichteten **Sozialleistungsausgaben** sowie **Tarifeffekte im Personalbereich**, die sich über Personalkostenerstattungen auch bei den sonstigen laufenden Ausgaben auswirkten. Ohne die Sondereffekte des zeitlich begrenzten Konjunkturprogramms stiegen die Ausgaben des Landes und der Stadtgemeinde demzufolge gegenüber 2008 um knapp **89 Mio. €** bzw. um **+ 2,3 %**. Im Haushaltsvollzug wurden diese Mehrausgaben – ebenso wie die unterjährig erwarteten Steuermindereinnahmen – bereits durch die Verabschiedung eines entsprechenden Nachtragshaushaltes berücksichtigt.

Infolge der beträchtlichen Mindereinnahmen und des hinzunehmenden Ausgabenanstiegs vergrößerte sich die **Finanzierungslücke** der Haushalte gegenüber dem Vorjahr um rd. 414 Mio. € auf aktuell wieder **774 Mio. €** (ohne Konjunkturprogramm). Der im Vorjahr noch deutlich positive **Primärsaldo** (Finanzierungssaldo ohne Zinsausgaben und Veräußerungserlöse) wies im abgelaufenen Haushaltsjahr ein Defizit von rd. **179 Mio. €** auf. Die **Deckungsquote** des Landes und der Stadtgemeinde sank im Vorjahresvergleich um über 10 %-Punkte auf **80,6 %**, die **Zins-Steuer-Quote** stieg auf **22,4 %** (+ 3,0 %-Punkte).

Zusammen mit dem Haushalt der Stadt Bremerhaven betrug die **Ausgabenzuwachsrate** der bremischen Haushalte im Vorjahr **2,2 %** (ohne Konjunkturprogramm). Das **Finanzierungsdefizit** des Stadtstaates vergrößerte sich 2009 auf **867 Mio. €**, der **Schuldenstand** stieg zum Jahresende nach vorläufigen Berechnungen auf rd. **16,1 Mrd. €** (24.400 € pro Einwohner).

Tab. 1: Kassenstatistik LAND UND STADTGEMEINDE BREMEN (13. Monat; ohne Konjunkturpaket II)

	2008	2009 1)	Veränderung zum Vorjahr			Anschlag 2009 2)
			Mio. €	%	Mio. €	
BEREINIGTE EINNAHMEN	3.539,0	3.214,4	-324,6	-9,2	-2,0	3.216,4
Steuerabhängige Einnahmen	3.027,9	2.662,4	-365,6	-12,1	-37,0	2.699,4
1.1 Steuern	2.236,8	1.995,2	-241,6	-10,8	-13,9	2.009,1
1.2 Länderfinanzausgleich (LFA)	559,3	466,8	-92,5	-16,5	-9,2	476,0
1.3 Bundesergänzungszuweis. (BEZ)	231,9	200,4	-31,5	-13,6	-13,9	214,3
Sonstige konsumtive Einnahmen	424,3	457,9	+33,6	+7,9	+30,0	427,9
Investive Einnahmen	86,8	94,2	+7,4	+8,5	+5,0	89,2
nachrichtl.:						
Primäreinnahmen	3.538,5	3.212,3	-326,3	-9,2	-4,2	3.216,4
BEREINIGTE AUSGABEN	3.899,2	3.988,1	+88,9	+2,3	-5,0	3.993,1
Personalausgaben	1.070,9	1.116,1	+45,2	+4,2	-15,1	1.131,2
Zinsausgaben	588,4	597,3	+8,9	+1,5	-27,9	625,2
Sozialleistungsausgaben	586,0	612,6	+26,6	+4,5	-0,6	613,2
Sonstige konsumtive Ausgaben 3)	1.199,2	1.234,8	+35,6	+3,0	+48,2	1.186,6
Investitionsausgaben	454,7	427,3	-27,4	-6,0	-9,6	436,9
nachrichtl.:						
Primärausgaben	3.310,8	3.390,8	+80,0	+2,4	+22,8	3.367,9
Konsumtive Ausgaben	3.444,5	3.560,8	+116,3	+3,4	+4,5	3.556,2
Konsumtive Primärausgaben	2.856,1	2.963,4	+107,4	+3,8	+32,4	2.931,0
FINANZIERUNGSSALDO -	360,2	-773,7	-413,5	+114,8	+3,0	-776,7
Konsumtiver Finanzierungssaldo	7,8	-440,5	-448,3	-5.779,6	-11,5	-429,0
Primärsaldo	227,7	-178,5	-406,2	-178,4	-27,0	-151,5
Konsumtiver Primärsaldo	595,7	154,7	-441,0	-74,0	-41,6	196,2
KENNZAHLEN %		%	-Punkte			%
Defizitquote	-9,2	-19,4	-10,2	-		-19,5
Deckungsquote	90,8	80,6	-10,2	-		80,5
Deckungsquote Leistungsausgaben	106,9	94,8	-12,1	-		95,5
Zins-Steuerquote	19,4	22,4	3,0	-		23,2
Zins-Ausgabenquote	15,1	15,0	-0,1	-		15,7
Personal-Steuerquote (4 / 1.1)	47,9	55,9	8,1	-		56,3
Investitionsquote	11,7	10,7	-0,9	-		10,9
Primärausgaben pro Einwohner in €4)	5.001	5.137				5.102

1) Stand: 12. Monat

2) Anschlag einschl. 1. und 2. Nachtrag des Landes und der Stadtgemeinde Bremen; Bremerhaven einschl. 1.- 3. Nachtrag

3) einschließlich Tilgungsausgaben an Verwaltungen

4) Einwohner des Landes 2008: jew. Monat / 2009: Aktuell verfügbarer Monat

Tab. 2: Kassenstatistik STADTSTAAT BREMEN (13. Monat; ohne Konjunkturpaket II)

	2008	2009 1)	Veränderung zum		Anschlag 2009 2)
			Vorjahr	Anschlag 2)	
		Mio. €	%	Mio. €	
BEREINIGTE EINNAHMEN	3.667,0	3.337,8	-329,2	-9,0	+2,0
Steuerabhängige Einnahmen	3.117,0	2.750,6	-366,4	-11,8	-36,0
1.1 Steuern	2.325,8	2.083,4	-242,4	-10,4	-12,9
1.2 Länderfinanzausgleich (LFA)	559,3	466,8	-92,5	-16,5	-9,2
1.3 Bundesergänzungszuweis. (BEZ)	231,9	200,4	-31,5	-13,6	-13,9
- Fehlbetrags-BEZ	171,6	140,1	-31,5	-18,4	+23,1
- Sonderbedarfs-BEZ	60,3	60,3	+0,0	+0,0	+0,0
Sonstige konsumtive Einnahmen	465,6	496,3	+30,7	+6,6	+32,2
Investive Einnahmen	84,4	90,9	+6,5	+7,7	+5,9
nachrichtl.:					
Primäreinnahmen	3.666,4	3.335,6	-330,9	-9,0	-0,1
BEREINIGTE AUSGABEN	4.101,0	4.192,2	+91,2	+2,2	-17,4
Personalausgaben	1.286,5	1.342,7	+56,2	+4,4	-13,2
Zinsausgaben	634,6	641,8	+7,2	+1,1	-30,5
Sonstige konsumtive Ausgaben 3)	1.670,5	1.740,2	+69,6	+4,2	+49,4
Investitionsausgaben	509,4	467,5	-41,9	-8,2	-23,1
nachrichtl.:					
Primärausgaben	3.466,4	3.550,4	+83,9	+2,4	+13,1
Konsumentive Ausgaben	3.591,6	3.724,7	+133,1	+3,7	+5,7
Konsumentive Primärausgaben	2.957,0	3.082,8	+125,8	+4,3	+36,2
FINANZIERUNGSSALDO -	434,1	-867,0	-433,0	+99,7	+6,8
Konsumentiver Finanzierungssaldo	-9,0	-477,8	-468,8	+5.185,9	-9,6
Primärsaldo	200,0	-214,8	-414,8	-207,4	-13,2
Konsumentiver Primärsaldo	625,6	164,0	-461,5	-73,8	-40,1
KENNZAHLEN %		%	-Punkte		%
Defizitquote	-10,6	-20,7	-10,1	-	-20,8
Deckungsquote	89,4	79,6	-9,8	-	79,2
Deckungsquote Leistungsausgaben	105,8	94,0	-11,8	-	94,3
Zins-Steuerquote	20,4	23,3	3,0	-	24,1
Zins-Ausgabenquote	15,5	15,3	-0,2	-	16,0
Personal-Steuerquote (4 / 1.1)	55,3	64,4	9,1	-	64,7
Investitionsquote	12,4	11,2	-1,3	-	11,7
Primärausgaben pro Einwohner in €4)	5.237	5.388			5.344

1) Stand: 12. Monat

2) Anschlag einschl. Nachträge ohne Konjunkturpaket II

3) einschließlich Tilgungsausgaben an Verwaltungen

4) Einwohner des Landes 2008: jew. Monat / 2009: Aktuell verfügbarer Monat

Im Einzelnen wurde das Jahresergebnis 2009 der bremischen Haushalte durch folgende Entwicklungen geprägt:

1. Einnahmen

Steuerabhängige Einnahmen

Originäre Steuern sowie Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich und den Bundesergänzungszuweisungen wiesen 2009 in den Haushalten des Landes und der Stadtgemeinde Bremen einen **Rückgang um rd. 366 Mio. €** aus, d. h., binnen Jahresfrist fehlte in den bremischen Kassen etwa ein Achtel der steuerabhängigen Einnahmen.

Abbildung 1 verdeutlicht, dass insbesondere massive Einbrüche der **Gewerbesteuer** (- 114 Mio. €) und der **Körperschaftsteuer** (- 97 Mio. €) sowie erheblich reduzierte Zahlungen im Rahmen des **Finanzausgleichs** (LFA und BEZ) diese extremen Minder-einnahmen im Vorjahresvergleich begründen. Der ausgewiesene Minusbetrag bei der Kraftfahrzeugsteuer ist hingegen auf die zur Jahresmitte 2009 erfolgte Verlagerung der Steuerart in die Erhebungskompetenz des Bundes zurückzuführen, in deren Folge Steuereinnahmen des zweiten Halbjahrs in einer (erwarteten) Höhe von 28 Mio. € nicht mehr dem Land zuflossen und durch – nunmehr bei den sonstigen konsumtiven Einnahmen verbuchte – Kompensationszahlungen des Bundes in entsprechender Höhe ersetzt wurden. Lediglich bei der Erbschaftsteuer sowie in marginalem Umfang bei der (Einfuhr-) Umsatzsteuer und beim Zinsabschlag konnten gegenüber 2008 Einnahmezuwächse verzeichnet werden.

Senatorin für Finanzen, Referat 20



Abb. 1: Veränderung der Steuerabhängige Einnahmen (Land und Stadtgemeinde Bremen; in Mio. €)

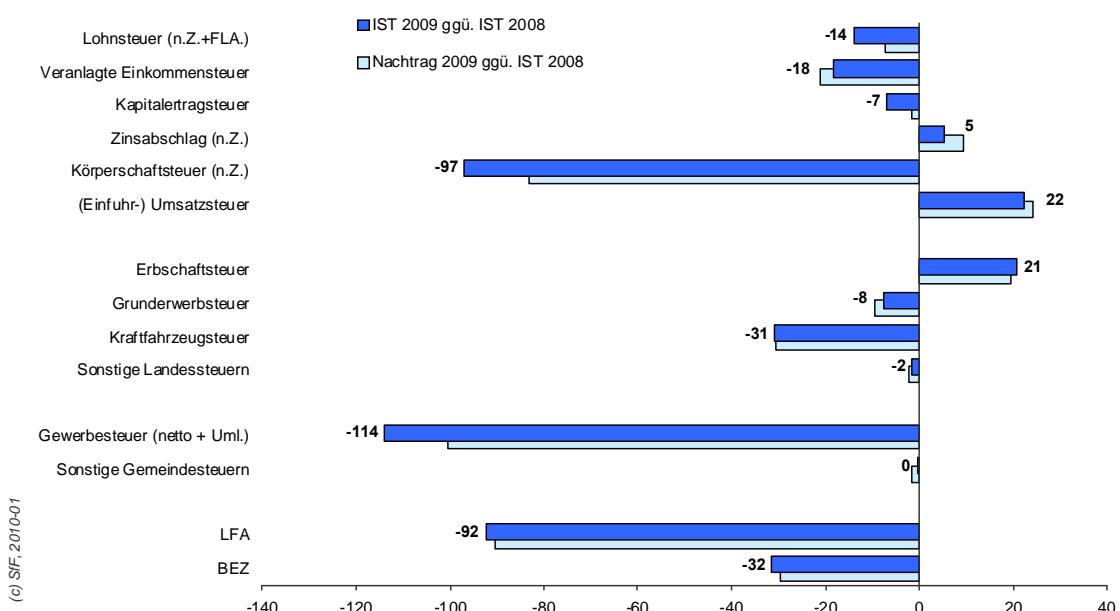
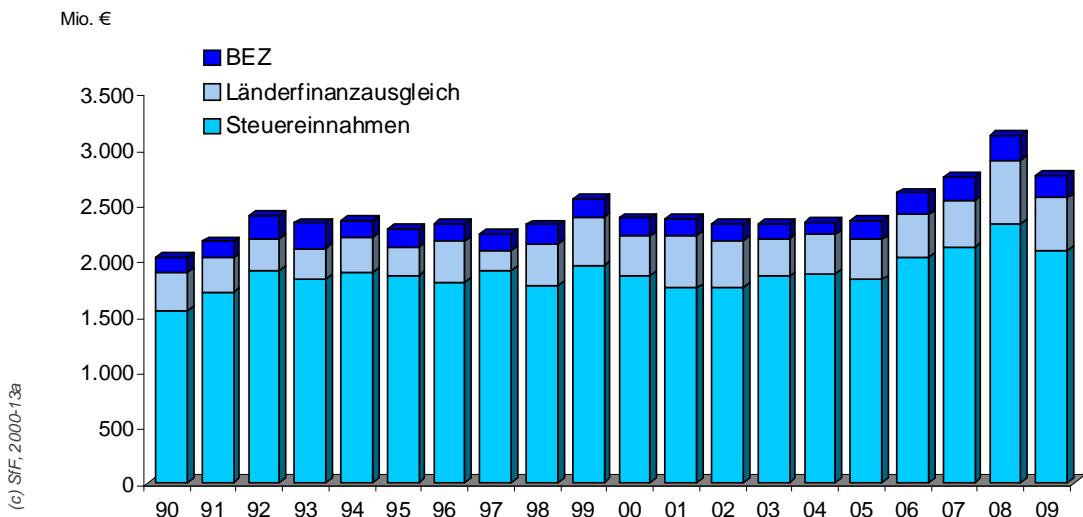


Abbildung 1 zeigt zugleich, warum die Ist-Entwicklung der steuerabhängigen Einnahmen des Berichtsjahres (- 366 Mio. €) insgesamt sogar noch **hinter den unterjährigen Erwartungen** (- 329 Mio. €) zurück geblieben ist, die ihren Niederschlag in einem Nachtragshaushalt gefunden hatten und auch durch die Ergebnisse der November-Steuerschätzung noch in dieser Größenordnung bestätigt wurden. Erkennbar ist, dass auch hier insbesondere die Einnahmeausfälle bei der Gewerbe- und Körperschaftsteuer ursächlich waren, deren deutliche Einbrüche verstärkt erst gegen Jahresende auftraten und zwischenzeitlich durch eine noch relativ positive Umsatzsteuer-Entwicklung überlagert wurden.

Abb. 2: Steuerabhängige Einnahmen (Stadtstaat Bremen)



In **Bremerhaven** fielen die Steuereinnahme-Verluste gegenüber dem Vorjahr - begünstigt durch eine relativ stabile Gewerbesteuer-Entwicklung – nur geringfügig aus (- 0,9 %). Mit einem Gesamtbetrag von rd. **2,75 Mrd. €** sind die steuerabhängigen **Einnahmen des Stadtstaates** insgesamt damit 2009 praktisch auf das **Niveau des Jahres 2007** zurückgefallen. Marginal relativierend ist dabei zu berücksichtigen, dass rd. 28 Mio. € entfallener Kraftfahrzeugsteuer durch Zahlungen bei den sonstigen konsumtiven Einnahmen ausgeglichen werden.

Inwieweit aus der noch ungünstigeren Entwicklung als erwartet Basiseffekte für das laufende Haushaltsjahr abzuleiten sind, ist derzeit noch nicht absehbar. Erste Erkenntnisse hierzu sowie zu den voraussichtlichen Effekten der zwischenzeitlich beschlossenen Steuerrechtsänderungen („Wachstumsbeschleunigungsgesetz“) sind im Rahmen der kommenden **Mai-Steuerschätzung** zu erwarten.

Sonstige Einnahmen

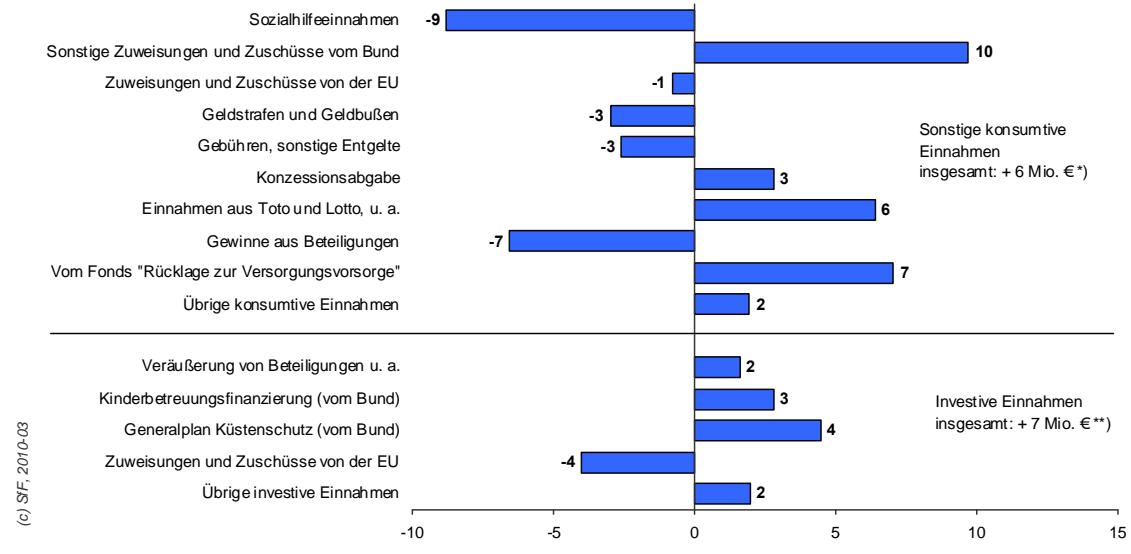
Bei den nicht-steuerabhängigen Einnahmen konnte im Vorjahresvergleich insgesamt zwar ein relativ deutliches Plus verzeichnet werden. Die betragsmäßig bedeutendsten Mehreinnahmen beruhen dabei jedoch auf Sonder- bzw. Einmaleffekten.

So ist die Zunahme der sonstigen **konsumtiven Einnahmen** (+ 34 Mio. €) in starkem Maße durch die erstmaligen **Kompensationszahlungen des Bundes** geprägt (28 Mio. €), die entfallene Kraftfahrzeugsteuer in gleicher Höhe ersetzen. Allerdings ergibt sich auch die nach Bereinigung um diesen Sondereffekt verbleibende Verbesserung der sonstigen laufenden Einnahmen als Saldo z. T. höchst unterschiedlicher Einzelentwicklungen (vgl. Abbildung 3): Während vor allem die sonstigen Zuweisungen und Zuschüsse vom Bund (insbesondere Wohngeld und Bafög-Zahlungen) sowie Einnahmen aus der Versorgungsrücklage und aus Wettmitteln (Einmaleffekt aus der Auflösung der Regionalisierungsrückstellung) gegenüber 2008 deutlich steigende Tendenz aufwiesen, konnten insbesondere bei den Sozialleistungseinnahmen und – erwartungsgemäß – bei Gewinnen aus Beteiligungen die Einnahmeniveaus des Vorjahres nicht erreicht werden.

Senatorin für Finanzen, Referat 20



Abb. 3: Veränderung der Sonstigen Einnahmen 2009 gegenüber 2008 (in Mio. €)



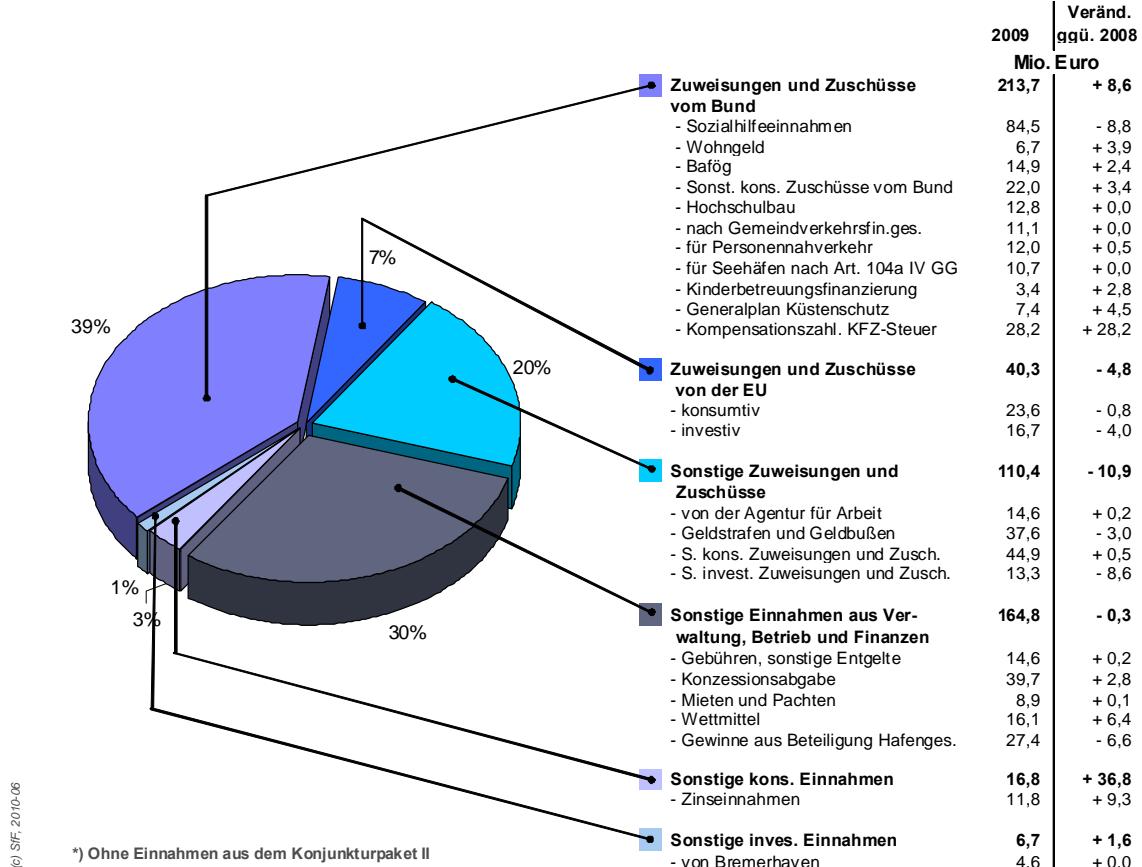
*) Ohne 2008 erstmals vereinnahmte Kompensationszahlungen des Bundes für verlagerte Kfz-Steuer (28 Mio. €)

**) Ohne 2008 erstmals vereinnahmte Zahlungen des Bundes im Rahmen des Konjunkturprogramms II (18 Mio. €)

Aus den Berechnungen der **investiven Einnahmen** werden die 2009 erstmals gezahlten (18 Mio. €) und nur während der Laufzeit des Programms die Haushalte durchlaufenden Zahlungen des Bundes nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz (**Konjunkturpro-**

gramm II) als Sondereffekte ausgeklammert. Bei den übrigen Einnahme positionen waren 2009 im Vorjahresvergleich eher marginale Veränderungen zu verzeichnen (vgl. Abbildung 3). Leichten Mehreinnahmen vom Bund für die Kinderbetreuung und den Küstenschutz sowie aus der Veräußerung von Beteiligungen standen dabei verringerte Zuweisungen und Zuschüsse von der EU gegenüber.

Abb. 4: Sonstige konsumtive und investive Einnahmen (Land und Stadtgemeinde Bremen) *)



(c) SIF 2010-06

Abbildung 4 verdeutlicht, dass – unter Einbeziehung des Kfz-Steuer-Ersatzes – inzwischen fast **40 % der nicht-steuerabhängigen Einnahmen** des Landes und der Stadtgemeinde Bremen aus **Zahlungen des Bundes** bestehen. Die betragsmäßig bedeutendsten eigenen Einnahmequellen bildeten im Vorjahr die Konzessionsabgabe (40 Mio. €), Geldstrafen und Geldbußen (38 Mio. €) sowie Gewinne aus Beteiligungen (27 Mio. €).

2. Ausgaben

Personalausgaben

Die Personalausgaben in der Kernverwaltung des Landes und der Stadtgemeinde betrugen im Jahr 2009 rd. **1.116 Mi o. €**. Gegenüber dem Rechnungsergebnis 2008 (1.071 Mio. €) entspricht dies einem **Anstieg** rd. **45 Mio. €** bzw. 4,2 %. Darin enthalten ist ein Anstieg der Ausgaben für **Versorgung** (einschließlich Beihilfe) um 23,7 Mio. €

(davon 6,2 Mio. € für die Versorgungsanpassung aus der Runde 2008 sowie weitere 7,9 Mio. € aus der Runde 2009) und für **lineare Kostensteigerungen** in 2009 um rd. 31,2 Mio. € (davon 10,8 Mio. € Folgeeffekte aus der Besoldungserhöhung für Beamte zum 01.11.2008). Ein weiterer Anstieg der Personalausgaben wurde durch die weitere Begrenzung des Beschäftigungsumfangs kompensiert.

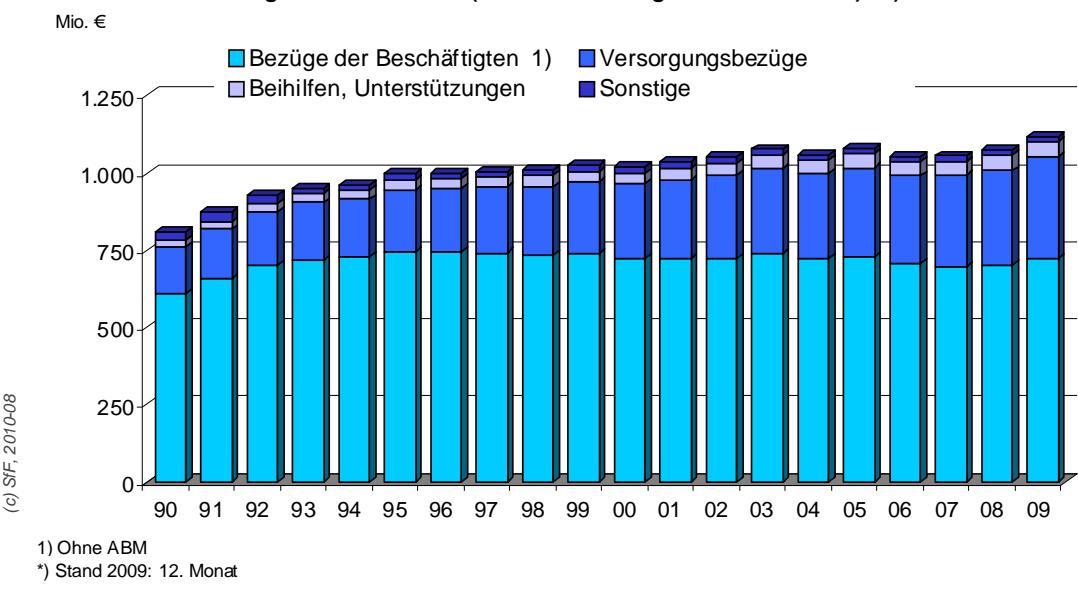
Der **Anschlag** der Personalausgaben 2009 in Höhe von 1.131 Mio. € wurde damit um rd. **15 Mio. €** bzw. **1,3 % unterschritten**. Diese Unterschreitung erklärt sich u. a. durch die Verlagerungen in den Sachhaushalt für die AÖR (8,5 Mio. €) und die Ausbildungsgesellschaft (3,3 Mio. €) sowie für das Programm „Geld statt Stellen“ (4,9 Mio. €). Gegenüber dem Mittelrahmen bzw. Haushaltssoll in Höhe von rd. 1.129 Mio. € bedeutet dies Minderausgaben von rd. 13 Mio. € bzw. 1,1 %.

Abbildung 5 zeigt, dass Niveau und Entwicklung der Personalausgaben des Landes und der Stadtgemeinde in stetig zunehmendem Maße durch **Versorgungsleistungen** geprägt werden, die im abgelaufenen Haushaltsjahr bereits rd. **29 %** der Gesamtausgaben bildeten. Ebenfalls erkennbar ist die langjährige erfolgreiche **Drosselung der Aktivenbezüge**, die aufgrund der zwischenzeitlich konsequenten Steuerung des Beschäftigtenstandes und vereinzelter Ausgliederungseffekte im Jahr 2008 mit 703 Mio. € nur marginal über dem Ausgabenniveau des Jahres 1992 (700 Mio. €) lagen. Die Bezüge der Beschäftigten des Berichtsjahrs (722 Mio. €) entsprechen dem **Stand des Jahres 2000**.

Senatorin für Finanzen, Referat 20



Abb. 5: Personalausgaben nach Arten (Land und Stadtgemeinde Bremen) *)



Die Beschäftigungszielzahlen von durchschnittlich 13.491 Vollkräften wurden 2009 im Kernbereich um durchschnittlich 37 Vollkräfte bzw. um 0,3 % leicht überschritten. Bei einem Bestand von 13.497 Vollkräften zum 1. Dezember 2009 ist das **Beschäftigungsvolumen** gegenüber Dezember 2008 um 394 Vollzeitäquivalente gesunken. Bereinigt um die Verschiebungen durch die Anstalt für Immobilien liegt die **Abnahme** bei rd. **156 Vollkräften**.

Zinsausgaben

Die Zinsausgaben stiegen im Vorjahresvergleich um 1,5 % auf 597 Mio. € und bewegten sich damit um **27,9 Mio. € unter dem Planwert** (einschließlich Nachtrag). Trotz Neuverschuldung führten vor allem die **geringeren Finanzierungskosten** in den kurzen Laufzeitbereichen zu dem geringen Anstieg der Zinsausgaben.

Senatorin für Finanzen, Referat 20

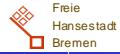
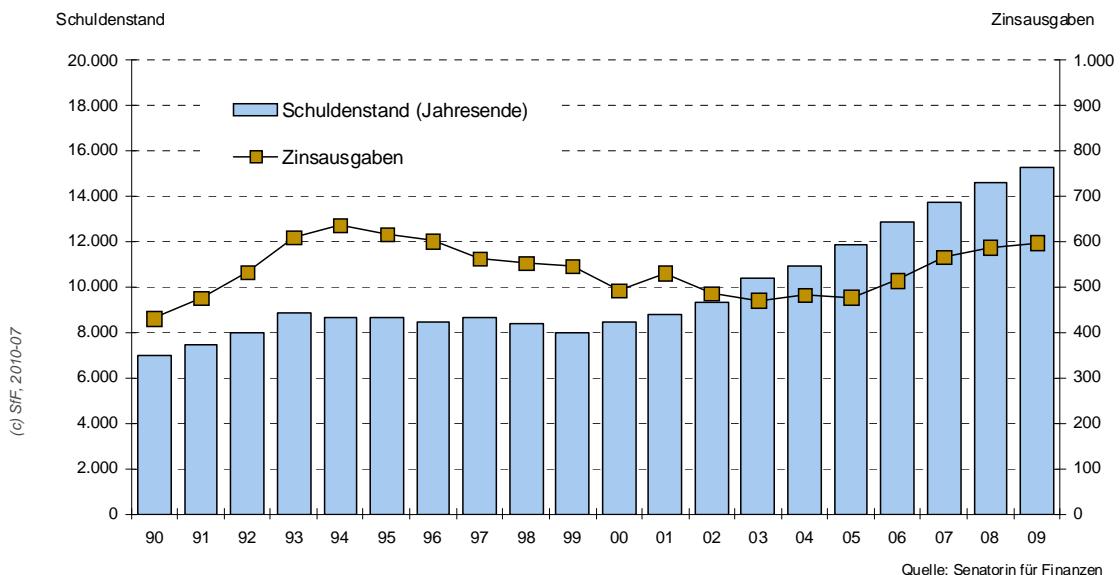


Abb. 6: Zinsausgaben und Schuldendstand 1995 - 2009 (in Mio. €; Land und Stadtgemeinde) *)



Quelle: Senatorin für Finanzen

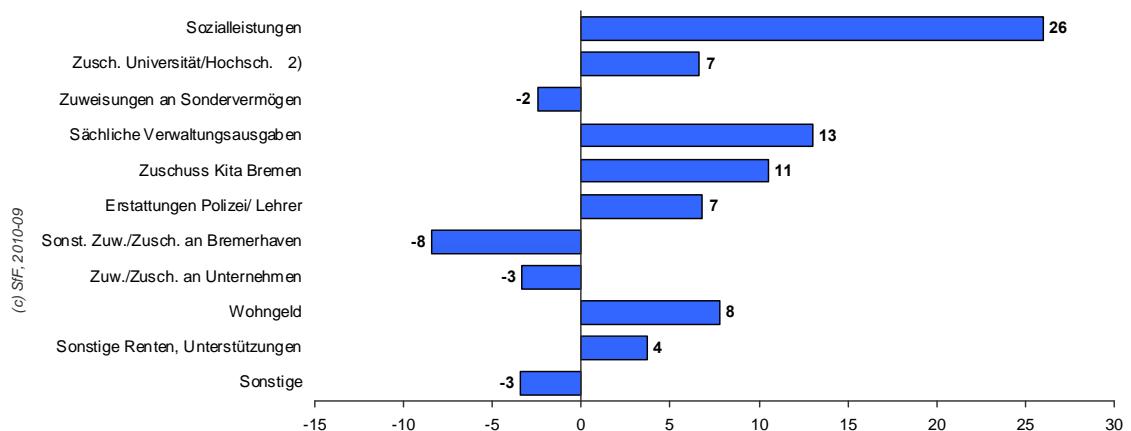
*) 2009: Stand: 12. Monat

Vor dem Hintergrund des seit 1999 zunächst leicht und nach Auslaufen der bis 2004 gewährten Sanierungshilfen wieder verstärkt steigenden Schuldendandes sind die im Zeitraum 1994/2003 rückläufigen Zinsausgaben in einen **kontinuierlichen Anstieg** übergegangen (vgl. Abbildung 6). Trotz konsequenten Zinsmanagements und teilweise entlastender Kapitalmarktsätze lagen die Zinsausgaben 2009 damit bereits wieder um rd. 120 Mio. € über dem Niveau des Jahres 2005. Die durchschnittliche Verzinsung des Schuldendandes konnte hingegen von rd. 4,4% auf 4,1% gesenkt werden.

Sonstige konsumtive Ausgaben

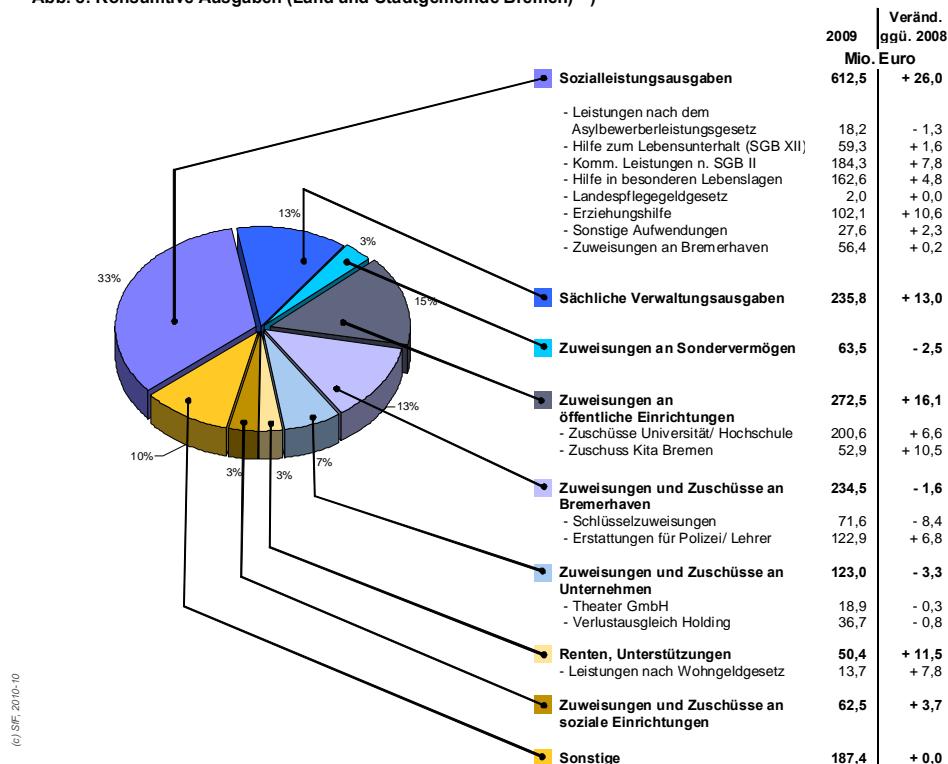
Die gegenüber 2008 beträchtliche Zunahme der sonstigen konsumtiven Ausgaben um insgesamt knapp **62 Mio. € (+ 3,5 %)** beruht auf verschiedenen Faktoren. Einerseits wirken sich hier im Vorjahresvergleich **Verlagerungen** von den Personalausgaben zu den sächlichen Verwaltungsausgaben im Umfang von rd. 17 Mio. € aus, von denen ca. 8,5 Mio. € Folge der Neuordnung des Reinigungsdienstes waren. Andererseits waren insbesondere bei den **Sozialleistungsausgaben** erneut massive Ausgabenzuwächse gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Abb. 7: Veränderung der konsumtiven Ausgaben 2009 gegenüber 2008 (in Mio. €)



Schwerpunkte der Sozialleistungs-Mehrausgaben bildeten insbesondere die Erziehungshilfen (+ 11 Mio. €) sowie die kommunalen Leistungen nach SGB II (+ 8 Mio. €). Der in Abbildung 7 ausgewiesene Anstieg der Sozialleistungsausgaben um 26 Mio. € insgesamt ist dabei sogar noch unterzeichnet, weil gegenüber 2008 rd. 8 Mio. € (Integrationsmittel) aus dem Sozialleistungs- in den KiTa-Bereich verlagert wurden, bei deren Einbeziehung die Mehrausgaben für Sozialleistungen im Jahr 2009 rd. 34 Mio. € betragen und damit 50 % des Gesamtanstiegs der sonstigen konsumtiven Ausgaben begründet hätten. Weitere 8 Mio. € des Ausgabenanstiegs sind darüber hinaus auf gestiegene **Wohngeldzahlungen** zurückzuführen.

Abb. 8: Konsumtive Ausgaben (Land und Stadtgemeinde Bremen) *)



Auch nach Herausrechnung der Integrationsmittel ist inzwischen exakt **ein Drittel** der sonstigen laufenden Ausgaben des Landes und der Stadtgemeinde Bremen für **Sozialleistungsausgaben** aufzuwenden (vgl. Abbildung 8) – noch zu Beginn des Jahrzehnts lag der vergleichbare Anteilssatz bei rd. 28 %. Mit deutlichem Abstand bilden die Zuweisungen an öffentliche Einrichtungen, zu denen im Wesentlichen die Universität, Hochschulen und Kindertagesheime zählen, sächliche Verwaltungsausgaben, deren Zuwachs 2009 weitgehend durch Verlagerungen von den Personalausgaben bestimmt wurde, und Zahlungen an Bremerhaven, die den kommunalen Finanzausgleich und die Personalkostenerstattungen für Polizei und Lehrer umfassen, nach den Sozialleistungsausgaben die nächst größten laufenden Ausgabepositionen.

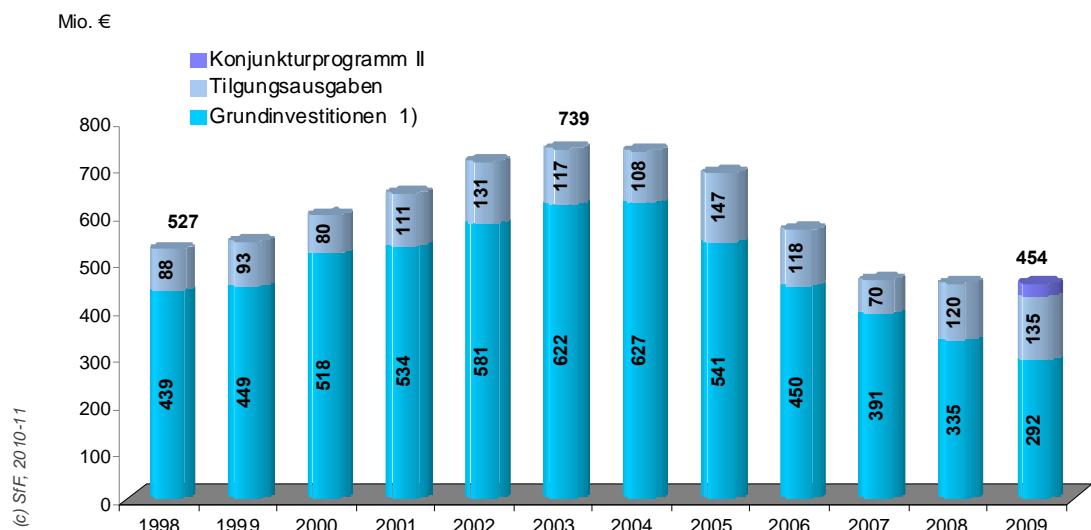
Investitionsausgaben

Die insgesamt geleisteten Investitionsausgaben bewegten sich im Haushaltsjahr 2009 mit **454 Mio. €** nahezu exakt auf Vorjahresniveau (- 0,2 %). Zu beachten ist dabei allerdings, dass im Berichtsjahr knapp **27 Mio. €** aus dem **Konjunkturprogramm II** verausgabt wurden, das gemäß Zukunftsinvestitionsgesetz zu drei Vierteln vom Bund finanziert wird. Ohne Konjunkturprogramm-Mittel ist folglich für 2009 mit **427 Mio. €** ein Rückgang der Investitionsausgaben des Landes und der Stadtgemeinde Bremen um rd. 27 Mio. € zu verzeichnen, mit dem die vorgesehenen und im Jahr 2003 begonnenen Abbauschritte des bremischen Investitionsniveaus konsequent fortgesetzt wurden.

Senatorin für Finanzen, Referat 20



Abb. 9: Investitionsausgaben (Land und Stadtgemeinde Bremen)



1) 2008 und 2009 jeweils 5,6 Mio. € Investiv-Konsumtiv-Korrektur (Bauunterhaltungsmittel an das SVIT)

Die in Abbildung 9 dokumentierte längerfristige Entwicklung zeigt, dass die nach Ablauf der Investitionsonderprogramme in den Sanierungszeiträumen geplante schrittweise **Reduzierung des Investitionsniveaus** bis an den aktuellen Rand **umgesetzt** werden konnte.

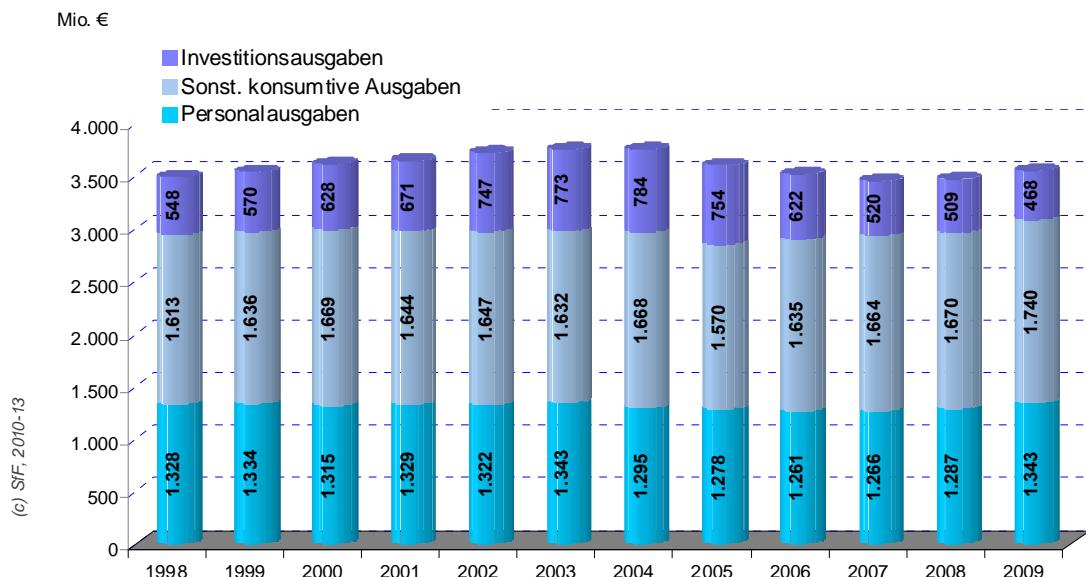
Primärausgaben

Ohne die zeitlich befristeten Ausgaben des Konjunkturprogramms II stiegen die Primärausgaben des Landes und der Stadtgemeinde Bremen im Vorjahr um rd. **80 Mio. € (+ 2,4 %)**. Hauptverantwortlich für die im Vorjahresvergleich beträchtlichen Mehrausgaben waren Sozialleistungsausgaben (einschließlich Integrationsmittel: + 34 Mio. €) und Tarifeffekte im Personalbereich, die sich über Personalkostenerstattungen an Bereiche außerhalb des Kernhaushalts auch bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben spürbar auswirkten. Hinzu kamen als betragsmäßig relevantere Mehrausgabe-Positionen Einmaleffekte (Verausgabung von Glückspielmehreinnahmen nach Auflösung der Regionalisierungsrückstellung) und Ausgaben mit komplementärer oder ausschließlicher Drittmittel-Finanzierung (Wohngeld, Zuschuss ZMT, U3-Ausbauprogramm (etc.))

Senatorin für Finanzen, Referat 20



Abb. 10: Primärausgaben (Stadtstaat Bremen)

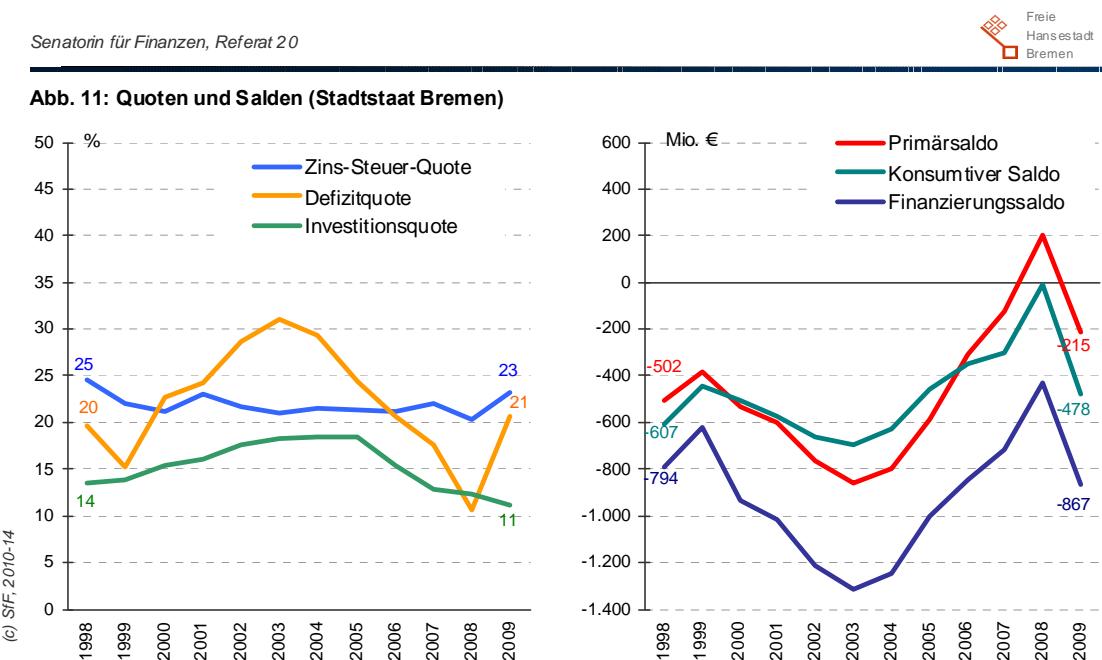


Auch auf der für den anstehenden Konsolidierungszeitraum 2010/2020 maßgeblichen Betrachtungsebene des **Stadtstaates Bremen** (vgl. Abbildung 10) war im Haushaltsjahr 2009 mit einer Zuwachsrate von ebenfalls **2,4 %** eine weitere Beschleunigung der Primärausgaben-Entwicklung zu verzeichnen. Dabei wiesen die konsumtiven Primärausgaben (Personal- und sonstige laufende Ausgaben) mit einem Ausgabenplus von **4,3 %** die höchste Zuwachsrate des Stadtstaates seit 1993 aus.

Aufgrund der extrem schwachen Steuerentwicklung sank die **Deckungsquote der Leistungsausgaben**, d. h. der Anteil der Primärausgaben, der durch eigene Einnahmen zu finanzieren ist, von 106 % (2008) auf knapp **94 %** im Jahr 2009. Die Primärausgaben des Stadtstaates **pro Einwohner** betrugen **5.390 € (+ 2,9 %)** – Vergleichszahlen der beiden anderen Stadtstaaten, deren einwohner-bezogenes Primärausgaben-Niveau im Jahr 2008 in Bremen noch um 3,2 % (Berlin) bzw. 4,0 % (Hamburg) unterschritten wurde, liegen aktuell noch nicht vor.

3. Finanzierungssalden; Quoten

Die erforderlichen Ausgabensteigerungen und insbesondere die massiven Einbrüche der steuerabhängigen Einnahmen haben im Berichtsjahr zu einer nachhaltigen Verschlechterung der Finanzierungssalden in den bremischen Haushalten geführt (vgl. Abbildung 11). In konsolidierter Betrachtung der Haushalte des Landes und der Stadtgemeinde Bremen sowie der Stadtgemeinde Bremerhaven ist im Vorjahresvergleich praktisch eine Verdopplung des Betrages der nicht aus Einnahmen zu finanzierten Ausgaben zu verzeichnen. Mit einem **Finanzierungsdefizit** von **867 Mio. €**, das einer **Defizitquote** der Kernhaushalte von rd. **21 %** entspricht, musste der Stadtstaat damit die höchste Neuverschuldung seit 2005 hinnehmen.



Parallel zum Finanzierungssaldo insgesamt verschlechterten sich zwangsläufig auch die auf differenziertere Bereiche des Haushaltes bezogenen Relationen: Der **konsumtive Finanzierungssaldo**, dessen Ausgleich – aufgrund der Orientierung der zulässigen Nettokreditaufnahme am Niveau der Nettoinvestitionen – bisher als Kriterium für die Verfassungskonformität der Haushalte galt und im Jahr 2008 für den Stadtstaat nahezu erreicht werden konnte (- 9 Mio. €), wies im abgeschlossenen Haushaltsjahr eine Lücke von über **478 Mio. €** auf. Der **Primärsaldo**, der 2008 erstmals seit 1992 wieder positiv ausfiel (+ 200 Mio. €) verschlechterte sich binnen Jahresfrist um 415 Mio. € auf eine erneute Deckungslücke von **215 Mio. €**.

Trotz moderatem Wachstum der Zinsausgaben ließen die eingebrochenen steuerabhängigen Einnahmen die **Zins-Steuer-Quote** des Stadtstaates mit **23,3 %** auf den höchsten Wert seit 1998 steigen.

Schulden des Stadtstaates Bremen einschließlich der Sondervermögen

	Schuldenstand			
	31.12.08	31.12.09	Veränderung	
	Mio Euro			%
Land und Stadtgem. Bremen	14.619,1	15.257,0	637,9	4,4
Bremerhaven	784,5	874,9	90,4	11,5
Stadtstaat Bremen	15.403,7	16.131,9	728,3	4,7

1) incl. Schulden für OP Klinikum-Mitte i. H. v. 16,6 Mio. Euro (1998 begründet und jährlich getilgt)

Mit einer **Neuverschuldung** um rd. **728 Mio. €** (ohne Kassenverstärkungskredite) stieg der **Schuldenstand** des **Stadtstaates Bremen** im abgelaufenen Haushaltsjahr um 4,7 % auf rd. **16,1 Mrd. €** (24.400 € pro Einwohner). Deutlich überproportional fiel der Schuldenanstieg dabei in der Stadt Bremerhaven aus (+ 11,5 %), deren kommunaler Haushalt bei einer Netto-Neuverschuldung von rd. 90 Mio. € zum Jahresende 2009 einen Schuldenstand von knapp 875 Mio. € aufwies. Die fundierten Schulden des Landes und der Stadtgemeinde Bremen betrugen zum Stichtag 31. Dezember 2009 gut 15,2 Mrd. €. Die Abweichungen zwischen Finanzierungssaldo und Neuverschuldung resultieren aus (Nicht-)Einbeziehung der Sondervermögen und der Auslaufperiode (Kameraler Abschluss versus Stichtagsdarstellung).